

Gemeinsame Stellungnahme der Essener Weiterbildungsträger zu den geplanten Kürzungen bei der Erwachsenenbildung des Landes NRW

Nach den Plänen der Landesregierung sollen in 2007 die Mittel für die Erwachsenenbildung nach dem Weiterbildungsgesetz NRW (WBG-NRW) um weitere 18% d.h. insgesamt um 18Mio Euro gekürzt werden. Die geplanten Einschnitte beim WBG sind damit die zweitgrößte Einsparsumme beim Landeshaushalt hinter den beabsichtigten Kürzungen für die Steinkohlesubvention in Höhe von 50 Mio Euro.

Bereits im Jahr 2003 wurden die Zuschüsse des Landes im Bereich der Weiterbildung um 15% reduziert, im laufenden Jahr 2006 folgte eine weitere Kürzung in Höhe von 5%.

Sollten die Pläne der Landesregierung Wirklichkeit werden, bedeutet dies zusammengefasst eine Reduzierung der Weiterbildungsmittel um insgesamt mehr als ein Drittel in einem Zeitraum von weniger als fünf Jahren. Damit würde das gesamte System der Weiterbildung in NRW und damit auch in der Stadt Essen irreparabel beschädigt.

Betroffen davon sind die Volkshochschule der Stadt, die kirchlichen, verbandlichen sowie die freien Träger der Erwachsenenbildung. Existenziell betroffen sind die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Träger, die zahlreichen Dozenten und Lehrkräfte und vor allem die Nutzer der vielfältigen und qualitativ hochstehenden Angebote. Betroffen sind vor allem aber diejenigen, die sich aus eigener finanzieller Kraft private und damit erheblich teurere Bildungsangebote nicht mehr leisten können. Schon jetzt liegen die Teilnehmergebühren für bestimmte Veranstaltungen im oberen Bereich des Zumutbaren. Angebote insbesondere für Migranten und Migrantinnen, Arbeitslose und andere einkommensschwache Bevölkerungsgruppen müssten nun als erste gestrichen werden. Damit würden ganze Bevölkerungsgruppen zunehmend von den Möglichkeiten des Lernens und der Weiterbildung abgeschnitten. Die Kürzungen wären darüber hinaus ein fatales Signal an alle lernwilligen und lernbereiten Menschen im Land: Bildung und lebenslanges Lernen haben in NRW keine Priorität mehr!

Öffentliche Bildung und lebenslanges Lernen sind unabdingbarer Bestandteil einer dynamischen, prosperierenden und demokratischen Gesellschaft. In allen Phasen des Lebens stellen sich neue Herausforderungen, seien sie nun beruflich, persönlich oder familiär bedingt. Diese erfordern Lernen, damit gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung ermöglicht wird. Allerorten und insbesondere in der Politik wird Bildung als Schlüssel zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gesehen. So verkündete die Bildungsministerin NRW, Barbara Sommer, noch vor einem Jahr: „Bildung hat für die Landesregierung Priorität. Das gilt auch für die Weiterbildung, für die das Land eine verlässliche Grundförderung gewährleisten will. So sieht es die Koalitionsvereinbarung ausdrücklich vor“. In seiner Regierungserklärung betonte Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers die Bildung sogar als „neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts“: „Unsere Gesellschaft darf nicht auseinanderfallen in Gebildete und

Ungebildete, in Ausgeschlossene und Dazugehörige. Bildung hat für uns Priorität. Sie ist für uns ein Kernelement der sozialen Ordnungspolitik“.

Die bisherigen und die neuen geplanten Kürzungen der Weiterbildung durch die Landesregierung konterkarieren solche Erklärungen und sind als glatter Wortbruch zu bezeichnen. Helfen werden da auch nicht die von der Landesregierung zugesagten Mittel aus dem europäischen Sozialfond (ESF). Sie sind zeitlich befristet, thematisch an sehr enge Vorgaben geknüpft und erfordern zeitlich und administrativ einen hohen Mehraufwand. Sie sind darüber hinaus mit der Bereitstellung von Komplementärmitteln durch die jeweiligen Bildungsträger verbunden und können daher die bisherige Grundförderung in keiner Weise ersetzen.

Die Unterzeichner fordern die Landesregierung und die Abgeordneten des Landtages auf, die geplanten Kürzungen nicht zu realisieren und auf den Stand der Förderung von 2002 wieder her zu stellen. Dies sind sie dem Bildungsstandort NRW und dem bisher erfolgreichen Strukturwandel in der Stadt Essen schuldig – im Interesse der Bürger und Bürgerinnen der Stadt Essen und des Landes NRW.

Essen, im Oktober 2006

Bildungswerk der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung im Bistum Essen e.V.

Bildungswerk des Bistums Essen

gez. Claudia Kutscherweg
Evangelisches Bildungswerk

gez. Prof. Dr. Ing. U. Brill
Haus der Technik

gez. Klaus D. Reese
Paul Gerlach Bildungswerk

gez. Oda Schumann
Willy-Köner-Bildungswerk

gez. Dr. Norbert Reichling
Bildungswerk der Humanistischen Union

gez. Werner Künkler
Evangelische Arbeitnehmerbewegung LNW
e. V.

gez. Johannes Brackmann
GREND Bildungswerk

gez. F. Gößmann
Kolping Bildungswerk Diözesanverband
Essen GmbH

gez. Friederike Brunnbauer
Volkshochschule Essen